

**Amsterdam / Barcelona / Berlin / Bratislava / Brüssel / Budapest
Bukarest / Den Haag / Dublin / Frankfurt / Graz / Hamburg / Kopenhagen / Krakau
Leipzig / Lissabon / Ljubljana / Maastricht / München / Nantes / Paris / Prag
Riga / Rom / Tallinn / Turin / Vilnius / Warschau / Wien / Zagreb**

R E S O L U T I O N

für den sozialen Wohnbau in Europa

Europäische Großstädte, Jänner 2014

DIE BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTER DER STÄDTE

**AMSTERDAM, BARCELONA, BERLIN, BRATISLAVA, BRÜSSEL,
BUDAPEST, BUKAREST, DEN HAAG, DUBLIN, FRANKFURT, GRAZ,
HAMBURG, KOPENHAGEN, KRAKAU, LEIPZIG, LISSABON,
LJUBLJANA, MAILAND, MÜNCHEN, NANTES, PARIS, PRAG, RIGA,
ROM, TALLINN, TURIN, VILNIUS, WARSCHAU, WIEN UND ZAGREB**

TRETEN EIN FÜR DIE ERHALTUNG UND DEN AUSBAU EINES SOZIALEN UND NACHHALTIGEN WOHNBAUS IN EUROPA!

Die Vielfalt Europas und seiner Gemeinden, Städte und Regionen ist eine Stärke und macht die besondere Qualität des europäischen Wohlfahrtsmodells aus. Es gibt verschiedene Ansätze und Wege, um Wachstum und Beschäftigung im Sinne einer sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu erzielen. Diese Vielfalt leben wir auch in unseren Städten, in denen wir mit innovativen und integrativen Politiken an der Zukunft unserer Bevölkerungen arbeiten.

Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Chancen und Talenten ist eine sichere und preisangemessene Wohnversorgung. Qualitätsvolles und leistbares Wohnen für alle Menschen zu garantieren, ist Aufgabe sozialer Politik. Dies gilt für die Kommunen, die Regionen und die Mitgliedstaaten.

Gerade als Verantwortliche der Städte ist uns die Bedeutung einer sozial orientierten Stadtentwicklung bewusst. Die Vielfalt der Modelle des sozialen, genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnbaus, die oft weit über die reine Wohnversorgung hinausgehen und wichtige soziale Infrastrukturen beinhalten, muss weiterhin für unsere Bevölkerungen gewährleistet werden können.

Geförderter Wohnbau muss daher für breite Schichten der Bevölkerung weiterhin zugänglich sein. Eine Einengung auf ausschließlich einkommensschwache Gruppen wird abgelehnt, da sie zu sozialer Segregation führen würde. Uns ist auch die Bedeutung der Wohnungswirtschaft, insbesondere der sozialen Wohnungspolitik, für die Realwirtschaft bewusst. Gerade in Zeiten der Krise kann diese ein wichtiger Konjunkturmotor sein.

Die Europäische Union mit all ihren Akteurinnen und Akteure hat daher die Zuständigkeit der erwähnten Ebenen zu respektieren. Denn für die EU-Mitgliedstaaten und ihre Gebietskörperschaften ist es unabdingbar, die Kriterien für den sozialen Wohnbau im Sinne des Subsidiaritätsprinzips selbst festlegen zu können. Nur so kann auf lokale Bedingungen und Erfordernisse reagiert werden. Die Entwicklung in einigen europäischen Ländern zeigt, dass eine restriktive Festlegung von Zugangskriterien zum geförderten Wohnbau die Wohnraumversorgung für bestimmte Bevölkerungsgruppen bedroht.

Wir fordern daher die Europäische Kommission auf, die Definition des sozialen Wohnbaus sowie die Entscheidung über die Form der Bereitstellung den Mitgliedstaaten und ihren Gebietskörperschaften zu überlassen.

Hier wissen wir uns mit wichtigen Stakeholdern, wie CECODHAS Housing Europe, dem europäischen Verband des öffentlichen, genossenschaftlichen und sozialen Wohnbaus, und IUT, der internationalen Mieterallianz, im Einklang.

Weiters begrüßen wir grundsätzlich die Befreiung von der beihilfenrechtlichen Notifizierungspflicht für den sozialen Wohnbau durch das sogenannte „Almunia Paket“.

Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister europäischer Städte fordern wir ebenso die Aufhebung der im Freistellungsbeschluss vorgenommenen Einengung auf „benachteiligte Bürger und sozial schwächere Bevölkerungsgruppen“.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

Eberhard Van der Laan/Amsterdam

Xavier Trias/Barcelona

Klaus Wowereit/Berlin

Univ. Doz. Dr. Milan Ftáčnik/Bratislava

Freddy Thielemans/Brüssel

DI István Tarlós/Budapest

Prof. Dr. Sorin Oprescu/Bukarest

Jozias Johannes van Aartsen/Den Haag

Oisin Quinn/Dublin

Peter Feldmann/Frankfurt

Mag. Siegfried Nagl/Graz

Olaf Scholz/Hamburg

Frank Jensen/Kopenhagen

Univ. Prof. Jacek Majchrowski/Krakau

Burkhard Jung/Leipzig

António Luís Santos da Costa/Lissabon

Zoran Jankovic/Ljubljana

Giuliano Pisapia/Mailand

Christian Ude/München

Patrick Rimbart/Nantes

Bertrand Delanoë/Paris

Tomas Hudecek/Prag

Ignazio Marino/Rom

Nils Usakovs/Riga

Edgar Savisaar/Tallinn

Piero Fassino/Turin

Arturas Zuokas/Vilnius

Dr. Michael Häupl/Wien

Hanna Gronkiewicz-Waltz/Warschau

Milan Bandić/Zagreb